Rente – das richtige Wahlkampfthema?

Kinderarmut ist ein viel größeres Problem als Altersarmut und wird viel zu wenig diskutiert, so Wolfgang Gründinger in seiner Außenansicht.

AUTOR WOLFGANG GRÜNDINGER

WOLFGANG GRÜNDINGER

Wolfgang Gründinger, 33, ist Autor des Buches »Alte-Säcke-Politik« (erschienen 2016) und Sprecher der Stiftung Generationengerechtigkeit.

→ www.gruendingerszene.de

Die Rente ist wieder einmal Wahlkampfthema. Bereits in den letzten beiden Wahlkämpfen wurden den Rentner*innen Versprechungen gemacht und sie anschließend verwöhnt: Nach der Bundestagswahl 2013 verabschiedete die Regierung im Hauruck-Verfahren außerplanmäßige Rentenerhöhungen von zehn Milliarden Euro pro Jahr, die allerdings nur den Rentnern bis etwa 2030 zugutekommen. Dazu kam 2017 die Angleichung der Ost-West-Rente mit Extra-Kosten von vier Milliarden pro Jahr, durch die junge Ostdeutsche aber netto benachteiligt werden (für sie bedeutet die scheinbare Wohltat nämlich geringere Renten, wenn sie selbst mal alt sind).

Dies alles waren Maßnahmen, die gegen Altersarmut gar nicht wirkten und auch gar nicht wirken sollten. Sie halfen allein der Mittelschicht. Auch die Stabilisierung des Rentenniveaus, wie es nun gefordert wird, ist kein Instrument im Kampf gegen Altersarmut. Die wirklich Bedürftigen haben davon wenig bis nichts, denn die Mathematik ist einfach: Drei oder vier Prozentpunkte höhere Rente ist nur bei denen viel, die ohnehin schon eine hohe Rente haben. Eine Stabilisierung des Rentenniveaus hilft bei einer niedrigen Rente eben wenig. Die einen, die schon gut versorgt sind, bekommen noch mehr, während die anderen, die eigentlich am meisten Unterstützung bräuchten, fast leer ausgehen.

Überhaupt ist Altersarmut gegenwärtig nicht so verbreitet, wie bisweilen behauptet wird. Presseschlagzeilen, denen zufolge bald jeder Zweite in Altersarmut leben werde, sind falsch. Heute sind 3,0 Prozent der Älteren auf Grundsicherung angewiesen. Bis zum Jahr 2030 wird diese Zahl auf rund 5,3 Prozent steigen – fast eine Verdopplung, aber immer noch auf niedrigem Niveau. Zum Vergleich: Über 14 Prozent der Kinder und Jugendlichen leben in Familien mit Hartz-IV-Bezug.

Kinderarmut ist ein wesentlich gravierenderes Problem als Altersarmut. Diskutiert wird darüber nicht. In einer Auswertung von 200 Talkshows stellte der SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow fest: Über Altersarmut und Rente wird öfters diskutiert, über Kinderarmut aber sage und schreibe exakt null Mal.

Dabei müsste genau hier die Sozialpolitik ansetzen: Denn die armen Kinder von heute sind die armen Rentner von morgen. Wir brauchen Elite-Kitas und Luxus-Schulen für alle – statt nur für die oberen Zehntausend; und wir brauchen eine Familienpolitik, die sich endlich auf die Bedürftigen konzentriert. Das heißt nicht, zum Krieg der Generationen zu blasen. Aber wenn heute mehr Kinder und Jugendliche von staatlichen Sozialleistungen abhängig sind als die Rentner, dann müssen wir dringend unseren Fokus auf die wirklich Bedürftigen legen. Hoffentlich wird auch Kinderarmut im Wahlkampf in den Talkshows, auf Plakaten und im TV-Duell vorkommen. Den Kindern und ihren Familien wäre es zu wünschen. ♡

IM NÄCHSTEN HEFT

Zukunft der Jugendsozialarbeit

Wie kann Jugendsozialarbeit zeitgemäß geleistet werden? Was sind die Voraussetzungen dafür? Darum geht es im kommenden Heft.